

Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 630

Der bayerische Ausnahmezustand.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Im achten Ausschuss des Reichstages, dem Ueberwachungs-ausschuss, wurde heute die Aussprache über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes fortgesetzt. Wieder waren der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern und der Reichsjustizminister anwesend. Die ganze Aussprache war heute auf einen verständlicheren Ton gestimmt als gestern.

Zuerst sprach das Mitglied der Bayerischen Volkspartei Abg. Dr. Beyerle: Der Ausnahmezustand habe lediglich den Zweck, Gewalt zu bekämpfen, komme sie woher auch immer, sei es von rechts oder von links. Aber es sei unmöglich, von Berlin aus die Zustände in Bayern zu meistern. Die Verschärfung der Spannung zwischen dem Reich und Bayern sei die unvermeidliche Nachwirkung der Ueberuntarifizierung der Reichsverfassung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Der Abgeordnete Beyerle hat soeben mit dem Satz geschlossen, man werde wohl verständliche Worte vom Reichskanzler erwarten können. Ich bin gern bereit, solche verständlichen Worte zu sprechen, aber ich kann einen Satz in den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht unwidersprochen lassen. Herr Abgeordneter Beyerle hat insbesondere behauptet, daß die Plakatzensur in Bayern durch den Belagerungszustand als notwendig dargetan sei. Darf ich dem Herrn Abgeordneten Beyerle, den ich als Menschen, Christen und Politiker schätze, ein Plakat überreichen, das mir vorhin übergeben worden ist? Dieses Plakat, das in München die Erlaubnis zum Anschlag bekommen hat, richtet sich gegen einen Toten. Es stammt von der Sozialistischen Arbeiterpartei und bildet geradezu eine Verherrlichung des Mordes. Ich werde mich deshalb mit der Frage an Herrn Abgeordneten Beyerle, ob er behaupten kann, hier sei bei der Plakatzensur, die er für sehr notwendig hält, nicht mit doppeltem Maße gemessen worden.

In dieser Beziehung liegt noch reiches Material aus München vor, und es sind mir noch Einzelheiten von guten bayerischen Patrioten mitgeteilt worden, die die Reichsregierung beschwören, diesem unchristlichen Wesen, wie es da geübt wird, ein Ende zu machen. Aber ich will verständliche Worte sprechen. Wir wollen die Angelegenheit gütlich zu Ende führen, und ich freue mich, daß der Herr Abg. Beyerle als Beauftragter seiner Partei sich zu solchen Verhandlungen bereit erklärt hat, ebenso wie der Abg. Dr. Durr für die Demokratische Partei in Bayern. Wir haben bereits gestern mittag eine Besprechung mit den beauftragten Herren aus Bayern abgehalten. Es waren anwesend: Staatsrat Dr. Schwenker, Gesandter v. Preger und als Beauftragter der bayerischen Koalitionsparteien der demokratische Abgeordnete Dr. Durr.

Wir haben die Gesamtfrage, wie sie sich in Bayern und im Reiche ergeben hat, eingehend und sachlich miteinander durchgesprochen. Das werden die beteiligten Herren ohne weiteres anerkennen. Alle drei Herren aus Bayern haben mir mitgeteilt, daß sie sehr gern bereit seien, sofort in Verhandlungen mit dem bekannten Ziele einzutreten. Es hat sich aber bei den Besprechungen herausgestellt, daß doch noch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden ist, die erklärlich sind, weil die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Herrn Reichspräsidenten den Herren aus Bayern noch nicht bekannt waren. Es war notwendig, diese Ausführungsbestimmungen in allen Einzelheiten mit den Herren durchzusprechen und auch dem bayerischen Staatsministerium Gelegenheit zu geben, zu diesen Ausführungsbestimmungen Stellung zu nehmen.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß die nach der gefestigten Besprechung noch vorhandenen Differenzen nach meiner Auffassung gegenüber der großen Frage, die zur Diskussion steht, so weit zurückstehen, daß es merkwürdig zugehen müßte, wenn man nicht rasch zu einer Einigung kommen sollte. Infolgedessen habe ich den Herren aus Bayern angeboten, daß die bayerische Staatsregierung zunächst in den kommenden Tagen auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstatten müßten, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, und daß wir dann Anfang nächster Woche hier in Berlin wieder zusammenkommen wollen, um die Beratungen, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen.

Die bayerischen Herren haben dieser meiner Anregung zugestimmt und werden sich anfangs nächster Woche oder spätestens Mittwoch zu dieser Beratung wieder zusammenfinden. Ich glaube bestimmt, daß wir zu einem guten Ende kommen werden, und ich möchte besonders hervorheben, daß die bayerischen Koalitionsparteien, wie gestern Herr Abg. Dr. Durr, auch heute wieder zum Ausdruck gebracht haben, daß sie willens sind, diese Verhandlungen zu fördern. Damit ist der Weg betreten, den wir auch bei den schwierigen Fragen des Frühjahrs betreten haben, und der damals auch zu einem Ende geführt hat. Ich wäre deshalb dem Ausschuss sehr dankbar, wenn er im Hinblick auf diese Verhandlungen, die ja die

Sache nur um wenige Tage hinausziehen können, von einer Beschlußfassung heute absehen wollte.

Dann habe ich noch eine Bemerkung wegen der Frage der Kompetenz dieses Ausschusses hinzuzufügen. Auch diese Frage wollen wir in der Regierung einer Klärung zuführen und dann in einer der kommenden Beratungen mit Ihnen zu dieser Sache Stellung nehmen, nachdem auch mit den Parteien darüber Fühlung genommen worden ist.

Ich glaube, so schloß Dr. Wirth, daß meine Bemerkungen über den gestrigen außerordentlich befriedigenden Verlauf der Verhandlungen mit den Bayern wohl die Worte gewesen sind, auf die Herr Abg. Beyerle mit Recht gewartet hat.

Nach dem Reichskanzler sprach der Zentrumsführer Dr. Spahn. Er meinte, man dürfe sich in Bayern nicht verletzt fühlen, daß die Verordnung vom 29. August so rasch erlassen sei. Bei unseren Verkehrsverhältnissen ist der Erfolg abhängig von der schleimigen Wirkung über ganz Deutschland. Schon in der Monarchie ist für die Strafverfolgung das Bedürfnis der Wirksamkeit einer im Einzelstaat angeordneten Maßregel im ganzen Reich festgestellt worden. Abg. Spahn verlangt Mitteilung über die Begnadigung von Kommunisten.

Die Begnadigung der Kommunisten.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Begnadigung der Kommunisten sind vielfach bemängelt worden, weil sie der Entschließung des Reichstages vom 4. Juni nicht entsprechen. Die einen behaupten, daß sie viel zu geringfügig und ganz unzulänglich seien, die anderen betonen, daß sie viel zu weit gingen, daß Massenbegnadigungen erfolgten, die in Wahrheit eine erzielte Amnestie darstellten. Daß man kommunistische Mordbrenner und Räuber begnadigt habe und frei herumlaufen lasse, ist falsch. Durch die Entschließung des Reichstages vom 4. Juni ist der Erlass einer Amnestie abgewiesen, jedoch der Reichskanzler ersucht worden, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufwühlbewegung im weiten Umfange der Begnadigung zu empfehlen.

Von dieser Grundlage aus haben zunächst die Gnadenbeauftragten, das sind Stellen, die sich aus einem Richter, einem Staatsanwalt und einem Rechtsanwalt zusammensetzen, die Einzelfälle durchgeprüft. Sie haben hierbei insbesondere die in der Person des einzelnen Verurteilten liegenden besonderen Verhältnisse, Alter, bisherige Führung usw., sowie die bisherigen Umstände der Tat und deren Motive untersucht, die ihr zugrunde liegen. Auf Grund der von den Gnadenbeauftragten erstatteten Vorschläge bin ich selbst in eine Nachprüfung der einzelnen Vorschläge eingetreten. In der weit überwiegenden Zahl aller Vorschläge konnte ich den Vorschlägen beitreten.

Der Reichsjustizminister kündigt an, daß er dem Reichstage eine Zusammenstellung der Begnadigungen vorlegen werde. In größerem Umfange sind Zuchthausstrafen in andere Straftatzen umgewandelt worden. Manche Gerichte sind davon ausgegangen, daß das Unternehmen einer gewalttätigen Aenderung der Verfassung stets eine ehrlose Gesinnung bekundet, und haben deshalb ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit des Täters und die Art und den Maßstab der Tat grundsätzlich auf Zuchthaus erkannt. Hiergegen habe ich Bedenken. Sie sind begründet durch Berichte aus den Zuchthäusern, wonach die unter dem Gesichtspunkte der Ehrlosigkeit zu Zuchthausstrafen verurteilten häufig unbestraften und vielfach im jugendlichen Alter stehenden Personen der Gefahr ausgesetzt sind, durch die in den Zuchthäusern unvermeidliche Berührung mit Zuhältern, Mördern, Räubern und anderen verbrecherischen Gesindel völlig verdorben zu werden.

Wer dem Staat ans Leben will, muß damit rechnen, daß auch ihm der Staat an seiner selbst willens aus Leben, an die Existenz geht, aber nicht an die Ehre, wenn er nicht wirklich aus ehrlosen Gründen gehandelt hat. Auch Unbesonnene müssen hart bestraft werden. Sie gehören aber nicht unter allen Umständen ins Zuchthaus. Gemeine Verbrecher im kommunistischen Gewande sind nicht begnadigt.

Die Volkspartei für die Verfassung.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) bespricht noch einmal vom juristischen Standpunkt die Frage der Kompetenz des Ausschusses. Wohin käme man in der Praxis, wenn dieser Ausschuss das Recht haben sollte, die Reichsregierung jederzeit zur Verantwortung zu ziehen, wenn nach seiner Meinung eine solche allgemeine Politik von ihr getrieben werde? Der Redner ist der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung selbst sich eine derartige Kontrolle unmöglich gefallen lassen könne. Er will darauf verzichten, jetzt eine formale Abstimmung über die Zuständigkeitsfrage herbeizuführen, wird aber im Plenum einen entsprechenden Antrag auf authentische Interpretation stellen. Abg. Kahl kommt dann auf seine gestrigen Erklärungen über die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Reichsverfassung zurück. Dr. Kahl wiederholt sein Bekenntnis zum Schutze der Reichsverfassung, und zwar ausdrücklich im Namen und im Auftrage der Abgeordneten Becker und Dr. Strefemann.

Reichswehr und Republik.

Von

Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherrn v. Schönau.

Der Verfasser hat in früheren Aufsätzen — Abendausgaben der „Wossischen Zeitung“ vom 30. u. 31. August — den Zusammenbruch des alten Heeres und die Begründung der neuen Reichswehr geschildert. Er beschließt seine Betrachtungen mit folgendem Bild- und Ausblick:

Der Winter 1919-20 mit der latenten Fortsetzung des Krieges brachte für die Regierung Schwierigkeiten ungeheurer Art. Die Heer von rechts und links hatten leichtes Spiel. Die böse demokratische Regierung war angeblich an allem schuld. Früher war alles monarchisch und gut, jetzt ist alles republikanisch und schlecht, dieser Beweis, so fadensteinig er ist, wurde überall angenommen. Eine Besserung der Lage schien sich im Frühjahr anzubahnen. Es mehren sich die Anzeichen, daß unsere Gegner den deutschen Lebensbedürfnissen mehr Verständnis entgegenbrachten. Auch im inneren Wirtschaftsleben machte der Arbeitsfriede sichtliche Fortschritte und jeder, wenn auch noch so kleine inner- und außenpolitische Fortschritt mußte die Stellung der Regierung festigen und die der Desperados schwächen.

Wenn ein gewalttätiger Sturz der Regierung und damit der verhassten demokratisch-republikanischen Verfassung überhaupt erwogen werden sollte, so dürfte nicht mehr länger gezögert werden. Bei den Launen und Schwankenden etwa bestehende Bedenken versuchen die Macher dadurch zu beseitigen, daß sie die Hinausführung der Deumwälzung und die nur unverbindlich angeregte Wahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag statt durch das ganze Volk als Verfassungsbrechung hinstellen. Die Leute, die die Verfassung täglich als Teufelswerk schilteten und sich nunmehr als ihre Schützer aufspielten, gaben ein so unfaßbar lächerliches Bild ab, daß man rückschauend nur über die politische Kurzsichtigkeit ihrer Anhänger klammern kann.

Die Tage dieses Putzsches, von politischen Narren geleitet, von politischen Kindern ausgeführt, sind noch so frisch in der Erinnerung, daß die Einzelheiten hier nicht näher geschildert zu werden brauchen.

Als offene Auftrichter betätigten sich nur die bekannte dritte Marine-division und einige noch nicht in die Reichswehr eingereichte Freiwilligenformationen. Ob die Reichswehr gegen diese Auftrichter mit ganzer Wucht vorgegangen wäre, kann heute nicht mit Sicherheit gesagt werden, weil die Regierung dem Kampfe auswich.

Daß die Offiziere mit ihren Sympathien auf Seiten der Kapp-Regierung standen, kann als sicher angenommen werden. Die meisten schielten unter dem Vorwande, nur die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten zu wollen, nach beiden Seiten, um dann rechtzeitig dorthin zu pendeln, wohin der Erfolg sich neigte.

Der kurz darauf beginnende kommunistische Aufbruch gab diesen Schwankenden Gelegenheit, den Mantel der Liebe über dies traurige Kapitel der Geschichte der deutschen Wehrmacht zu decken. Die durch den Friedensvertrag nötigen Verabschiedungen von Offizieren ermöglichten es dem Reichswehrminister, viele der mehr oder minder Bloßgestellten jung- und langlos abzuschieben. Manchmal ist es gelungen, ihre Taten in den Kapp-Tagen zu verschleiern und in der Reichswehr zu bleiben. Böser Kagenhammer, innerlich gesunder Sinn und die Erkenntnis der üblen Folgen ihrer Taten werden auch diese glücklich Entschlüpfen hoffentlich vor neuen Torheiten bewahren.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1920 galt es nun, der neuen Reichswehr die gefühlige Grundlage und das feste organisatorische Gefüge zu geben. Der Friedensvertrag hat uns in bezug auf Stärke, Bewaffnung und Gliederung so enge Grenzen gesetzt, daß von den Fragen, die früher tiefsten Einfluß auf die Wehrmacht besaßen, heute fast nichts mehr übrig geblieben ist. Technische und organisatorische Neuerungen im Heerwesen waren vielfach bestimmend im Gange der großen Politik. Erinnerung sei zum Beispiel an die befristende Wirkung, die die Einführung des ersten Mehrladengewehrs in Deutschland im Jahre 1888 auf die französische Kriegspartei ausübte. Der Ausbau des russischen strategischen Eisenbahnetzes und die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich waren die ersten großen Weiterzeichen des Weltkrieges. Die Einführung des Rohrrücklaufes für die schwere Artillerie des Feldheeres hat wesentlich zu unseren ersten glänzenden Erfolgen an der Westfront beigetragen.

All das scheidet aus für uns. Nicht nur wegen der argwöhnischen feindlichen Kontrolle, sondern vor allem wegen unserer traurigen wirtschaftlichen Lage. So lange unsere Nachbarn in allen militärischen Dingen unbegrenzte Handlungsfreiheit haben, wäre ein Waffenkreuzen mit ihnen einfach Wahnsinn.

Deutschlands ganzes Streben muß daher auf Festigung des inneren Gefüges unserer kleinen Reichswehr gerichtet sein, und das um so mehr, weil die Aufpeitschung der Parteileiden-schaften eine Bewendigung bei inneren Wirren heute leider viel wahrscheinlicher macht, als gegen einen äußeren Feind.

In dieser Hinsicht steht die Frage der Politisierung oder Entpolitisierung der Wehrmacht weit aus im Vordergrund. Ueber das Ziel ist sich jeder verständige Mensch klar: Die Wehrmacht muß ein unbedingt gehorhames Werkzeug in der Hand der Regierung sein. Nur darüber gehen